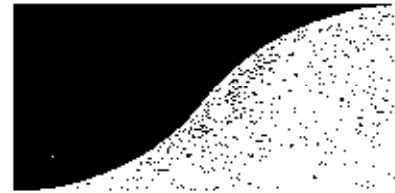


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Klaus Daubertshäuser MdB  
zur Ausgestaltung der Bahn-  
reform: Eisenbahngesellschaft  
für Personennahverkehr grün-  
den.

Seite 1

Dr. Albert Schmid MdL zur Po-  
litik des Bundesfinanzmini-  
sters: Weder zuverlässig noch  
klar.

Seite 2

Horst Kubatschka MdB zum  
Vorschlag, nicht von Kindern  
geknüpfte Teppiche mit einem  
Gütesiegel zu versehen: Ein  
Beitrag gegen die Kinder-Aus-  
beutung.

Seite 3

### Dokumentation

Die im Ruhrgebiet wirkenden  
Bundestagsabgeordneten  
Horst Niggemeier (SPD) und  
Renate Diemers (CDU) haben  
mit dem Bundesligaprofi Ingo  
Anderbrügge eine Stellung-  
nahme gegen jede Form der  
Ausländerfeindlichkeit erar-  
beitet. Wortlaut

Seite 4

47. Jahrgang / 235

7. Dezember 1992

### Eisenbahngesellschaft für Personennahverkehr gründen

Zur Ausgestaltung der Bahnreform

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Im Zuge der Bahnreform ist es unbedingt erforderlich, die Organisa-  
tionform für den Bahnbetrieb so auszugestalten, daß die von allen  
Seiten als vernünftig angesehene Regionalisierung mit höchstmög-  
lichem Kundennutzen realisiert wird. Die von der Bundesregierung  
vorgesehene Gliederung in eine Güterverkehrs-AG und eine Perso-  
nenverkehrs-AG, die Nah- und Fernverkehr umfassen soll, reicht  
dafür nicht aus, sondern es muß eine eigene Gesellschaft für den  
Personennahverkehr geschaffen werden.

Die DB ist das größte Nahverkehrsunternehmen in Deutschland. Auf  
1.000 Fernverkehrszüge kommen 20.000 Eil- und Nahverkehrszüge.  
damit erbringt die DB über 90 Prozent ihrer Beförderungsleistungen  
im Nahverkehr.

Wenn die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr auf  
die Länder und Kommunen übergehen soll und diese bei der Bahn  
die gewünschten Nahverkehrsleistungen bestellen sollen, dann muß  
nicht nur die Frage des Finanzausgleichs für diese Aufgabenverlage-  
rung zwischen Bund, Ländern und Kommunen befriedigend geregelt  
werden. Ebenso notwendig muß eine organisatorische Struktur ge-  
schaffen werden, die Nutzerprobleme erkennt und deren Bedürf-  
nisse in entsprechende Verkehrsangebote zu angemessenen Prei-  
sen umsetzt.

Der richtige Weg kann deshalb nur die Gründung einer eigenen Ge-  
sellschaft für den bundesweiten Personennahverkehr sein. Mit einer  
detaillierten und ehrlichen Trennungsrechnung nicht nur zwischen  
Fahweg und Betrieb, sondern auch innerhalb des Betriebes zwi-  
schen den Bereichen Güterverkehr, Personenfernverkehr und Per-  
sonennahverkehr kommt diese Nahverkehrs-Gesellschaft zu echten  
Kosten und echten Einnahmen, die es ihr erlauben, ihre Leistungen  
den Bestellern zu günstigen Preisen anzubieten.

Sie käme damit auch in die Lage, die Bundes-Busdienste so zu füh-  
ren, daß sie schwarze Zahlen erwirtschaften würde. Ein optimal auf-  
einander abgestimmtes Angebot von Schiene und Bus aus einer  
Hand würde die Attraktivität für die Fahrgäste erhöhen und zusätzli-  
che Kunden und Einnahmen bringen.

\*\*\*\*\* (-7. Dezember 1992/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermehrte Auflage  
auf recyceltem Rohmaterial  
Recycling-Papier



**Weder zuverlässig noch klar  
Zur Politik des Bundesfinanzministers**

**Von Dr. Albert Schmid MdL  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Zuverlässigkeit und klarer Kurs in der Finanzpolitik - diese beiden Faktoren, an denen es Bundes- wie Staatsregierung mangeln lassen, sind entscheidend, um Vertrauen bei der Wirtschaft in die staatliche Finanzpolitik zu schaffen. Dieses Vertrauen ist unverzichtbar für eine Belebung der Konjunktur.

Deutschland befindet sich erst mit einem Fuß in der Rezession, stellte zu diesem Thema jetzt der Leiter der Abteilung gesamtwirtschaftliche Entwicklung und öffentliche Finanzen des Münchner ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung, Dr. Willi Leibfritz, in einem Referat vor der bayerischen SPD-Landtagsfraktion fest, wobei er "Vertrauen in die Finanzpolitik - vor allem in den Bereichen Steuerpolitik und Staatsverschuldung - als wesentliche Voraussetzung für eine Konjunkturwende weg von der Talfahrt" nannte.

In seiner Bilanz verwies Willi Leibfritz auf die Prognosen für das Wachstum des Bruttosozialproduktes, bei denen das Wirtschaftsforschungsinstitut mit einem Plus von 0,5 Prozent etwas optimistischer liegt als der Sachverständigenrat, die "Fünf Weisen" sehen aber für das zweite Halbjahr 1993 eine Konjunkturwende zum Besseren sowie Wachstumsraten bis zu drei Prozent, die im Jahresdurchschnitt dann die Minus-Zahlen der ersten Monate ausgleichen.

Für diese Konjunkturwende gibt es aber nach Überzeugung von Willi Leibfritz erhebliche Risiken. Zum einen seien die Erwartungen der Unternehmer derzeit noch schlechter als die reale Lage. Wenn sich diese schlechte Stimmung festsetze, drohe ein Stimmungskollaps, und der Aufschwung der Konjunktur ab Mitte nächsten Jahres sei ernsthaft in Gefahr. Ein weiteres Risiko sieht Willi Leibfritz im Investitionsverhalten, bei dem es deutliche Parallelen zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in den Rezessionen der siebziger und der beginnenden achtziger Jahre gebe.

Der Wirtschaftsfachmann sieht alle ökonomischen Indikatoren auf eine Talfahrt der Wirtschaft weisen. Deutschland stehe aber erst mit einem Fuß in der Rezession. Ganz wesentlich sei daher die Stimmung, die nach Meinung von Willi Leibfritz durch "Vertrauen in die Finanzpolitik", vor allem bei der Steuerpolitik und der Staatsverschuldung, gehoben werden könne.

Ich meine: Dieses "Vertrauen in die Finanzpolitik" grundlegend zu zerstören, sind Bundesfinanzminister Waigel und Ministerpräsident Streibl derzeit auf dem besten Wege. Herr Waigel gibt die finanzpolitische Wahrheit leider nur scheinbar von sich und verschleiert die Tatsachen nach Kräften. Von der notwendigen Zuverlässigkeit und dem erforderlichen klaren Kurs in der Finanzpolitik kann wirklich keine Rede sein.

Dieser Vorwurf muß in vollem Umfang auch die Bayerische Staatsregierung treffen, wenn Finanzminister von Waldenfels auf Geheiß oder zumindest mit Duldung seines Ministerpräsidenten dem Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags wesentliche Angaben zur Haushaltssituation verweigert. Jetzt ist der Ministerpräsident gefordert: Die Bayerische Staatsregierung muß dem Parlament konkrete Angaben insbesondere zum Ergebnis der neuesten Steuerschätzung und deren Auswirkungen auf Bayern sowie zu der Planung einer weiteren Kürzungsliste, ihrer Größenordnung und den im Haushalt betroffenen Bereichen geben.

(/7. Dezember 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ein Beitrag gegen die Kinder-Ausbeutung**

**Zum Vorschlag, nicht von Kindern geknüpfte Teppiche mit einem Gütesiegel zu versehen**

**Von Horst Kubatschka MdB**

Teppiche aus Indien, Pakistan oder Nepal sind für sogenannte 'Dritte-Welt-Länder' ein wichtiger Devisenbringer. Die Bundesrepublik importiert jährlich Orientteppiche im Wert von 1,2 Milliarden DM. Die Kehrseite der Medaille: Nach neueren Schätzungen arbeiten 150.000 Kinder unter 14 Jahren unter unmenschlichen Verhältnissen an der Herstellung der Teppiche. Bei kaum einem der heute im Handel erhältlichen Knüppteppiche kann ausgeschlossen werden, daß Kinder, die manchmal nur fünf Jahre alt sind, beim Knoten der hunderttausend kleinen Fäden geschunden wurden.

Selbst die Teppichindustrie schätzte schon 1985 den Anteil der von Kindern hergestellten Teppiche auf circa 38 Prozent. Aktuelle Berichte von Menschenrechtsorganisationen vor Ort sprechen sogar schon von einem Anteil von 85 Prozent. Diese Kinder leben in Schuldknechtschaft, einer modernen Form der Sklaverei. Sie sind an den Webstuhl gekettet und werden von ihren Aufsähern mit Eisenstäben brutal geschlagen. Sie dürfen keine Schule besuchen und sind schweren Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt. Blutarmut und Wurmbefall sind weit verbreitet, ebenso wie Hautausschlag, Blindheit und Erkrankungen der Atemwege, verursacht unter anderem durch Wollstäube, die letztlich das Leben der Kinder um zehn oder sogar zwölf Jahre verkürzen.

Diese Kinder werden grausam um ihre Kindheit betrogen. Durch den Kauf der Teppiche machen sich aber auch die deutschen Verbraucher und Verbraucherinnen unwissentlich mitschuldig. Wir dürfen nicht länger von dieser menschlichen Tragödie profitieren. Dies alles ist eine Schande für unsere zivilisierte Gesellschaft.

Hier wären eigentlich die Händler gefordert, wissen sie doch von allen Beteiligten am besten, woher sie ihre Teppiche beziehen. Sie müßten sich weigern, Teppiche aus Kinderarbeit zu verkaufen. Die Händler verwelsen jedoch darauf, daß auch für sie die Herkunft und die Herstellung nicht immer vollständig durchschaubar ist. In der Tat wären Kontrollen vor Ort der einzige Weg, dies sicher festzustellen.

Seit etwa zwei Jahren besteht daher die Initiative für die Einführung eines Gütesiegels für Teppiche, die garantiert ohne den Einsatz von Kinderarbeit gefertigt wurden. Initiiert wurde die Kampagne von der Kinderhilfsorganisation "terre des hommes" und von "Brot für die Welt". Ein solches Gütesiegel muß so schnell wie möglich eingeführt werden. Dann könnten die Verbraucherinnen und Verbraucher den Kauf solcher Teppiche in Zukunft vermeiden.

Möglicherweise müssen jedoch juristische Hemmnisse für die Einführung eines solchen Siegels überwunden werden; falls dies so ist, ist die Bundesregierung in der Pflicht, diese abzubauen. Sie sollte auch die Entwicklungsländer beim Aufbau und der Durchführung eines verlässlichen Kontrollsystems vor Ort finanziell unterstützen. Erste Ansätze von Seiten der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) in Indien, den Export von Teppichen aus kinderarbeitsfreier Produktion zu fördern, sind ein Schritt in die richtige Richtung, reichen aber nicht aus.

Ich habe daher folgende Frage an die Bundesregierung gestellt:

**"Wie beurteilt die Bundesregierung Initiativen, Teppiche, die garantiert ohne den Einsatz von Kinderarbeit hergestellt wurden, durch ein Gütesiegel besonders zu kennzeichnen, und ist die Bundesregierung bereit, eventuell bestehende juristische Hürden für die Einführung eines solchen Gütezeichens in der Bundesrepublik zu beseitigen?"**

Der Einsatz von Kindern zur Teppichherstellung verstößt gegen Bestimmungen der Mindestalter-Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation von 1973. Die USA werden daher möglicherweise sogar ihre Grenzen für Produkte, die von Kindern hergestellt sind, schließen. Dies sieht jedenfalls ein Gesetzentwurf vor, der dem amerikanischen Kongreß vorgelegt wurde. Die Bundesregierung sollte ebenso verfahren!

\*\*\*\*\*

(-/7. Dezember 1992/rs/ks)

## DOKUMENTATION

### "Wir schweigen nicht!"

Die im Ruhrgebiet wirkenden Bundestagsabgeordneten Horst Niggemeier (SPD) und Renate Diemers (CDU) haben mit dem Bundeliga-Profi Ingo Anderbrügge eine Stellungnahme gegen jede Form der Ausländerfeindlichkeit erarbeitet, in der sie an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger appellieren, die jahrzehntelange gute Tradition eines friedlichen Miteinanders zu bewahren. Horst Niggemeier hat die anlässlich eines Besuchs beim Training des türkischen Fußballvereins "Kültürspor Datteln" abgegebene Erklärung in die türkische Sprache übersetzen lassen und allen Funktionären in seinem Wahlkreis Recklinghausen sowie Vertretern türkischer Vereine und Verbände zukommen lassen. Die Erklärung im Wortlaut.

- o Gewalt gegen Menschen ist und bleibt verabscheuungswürdig. Menschenwürde kennt keine Nationalitäten und Hautfarben.
- o Das ist nicht nur unsere Meinung. Viele Menschen im Kreis Recklinghausen denken so wie wir.
- o Deshalb sagen wir stellvertretend für viele, die noch schweigen: Laßt uns weiter friedlich und in guter Nachbarschaft miteinander leben, so wie wir das in den letzten Jahrzehnten getan haben.
- o Ob bei der Arbeit oder im Sport, stets war das Gebot der Toleranz und des gegenseitigen Respekts für unser aller Verhalten bestimmend. Dabei soll es auch weiterhin bleiben.
- o Ohne die Mitarbeit von Millionen von ausländischen Frauen und Männern wäre die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht möglich gewesen. Das wissen alle Menschen, die ehrlich vor sich selbst bleiben wollen.
- o Gerade wir im Kohlekreis Recklinghausen wissen, daß es - ungeachtet der aktuellen Kohleprobleme - ohne die jahrzehntelange Mitarbeit der türkischen Bergleute bereits heute keine nennenswerte deutsche Kohlenförderung mehr geben würde.
- o Die weltweite Wirtschaftskrise und die drückenden Probleme der deutschen Einheit sind nicht von unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern verursacht. Das sind lediglich die verlogenen Parolen derer, die das deutsche Ansehen in aller Welt ruinieren.
- o Wir wollen den Frieden nach außen, aber auch den Frieden im eigenen Land. Deshalb darf Ausländerfeindlichkeit bei uns auch weiterhin keine Chance haben.
- o Die Menschen in der Bundesrepublik sind nicht ausländerfeindlich.
- o Wir appellieren an alle, die guten Willens sind, sich nicht von einer Mini-Minderheit von ausländerfeindlichen Gewalttätern aufhetzen und einschüchtern zu lassen, sondern auch weiterhin das friedliche Miteinander mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu bewahren.

gez. Horst Niggemeier    gez. Ingo Anderbrügge    gez. Renate Diemers

(-/7. Dezember 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*